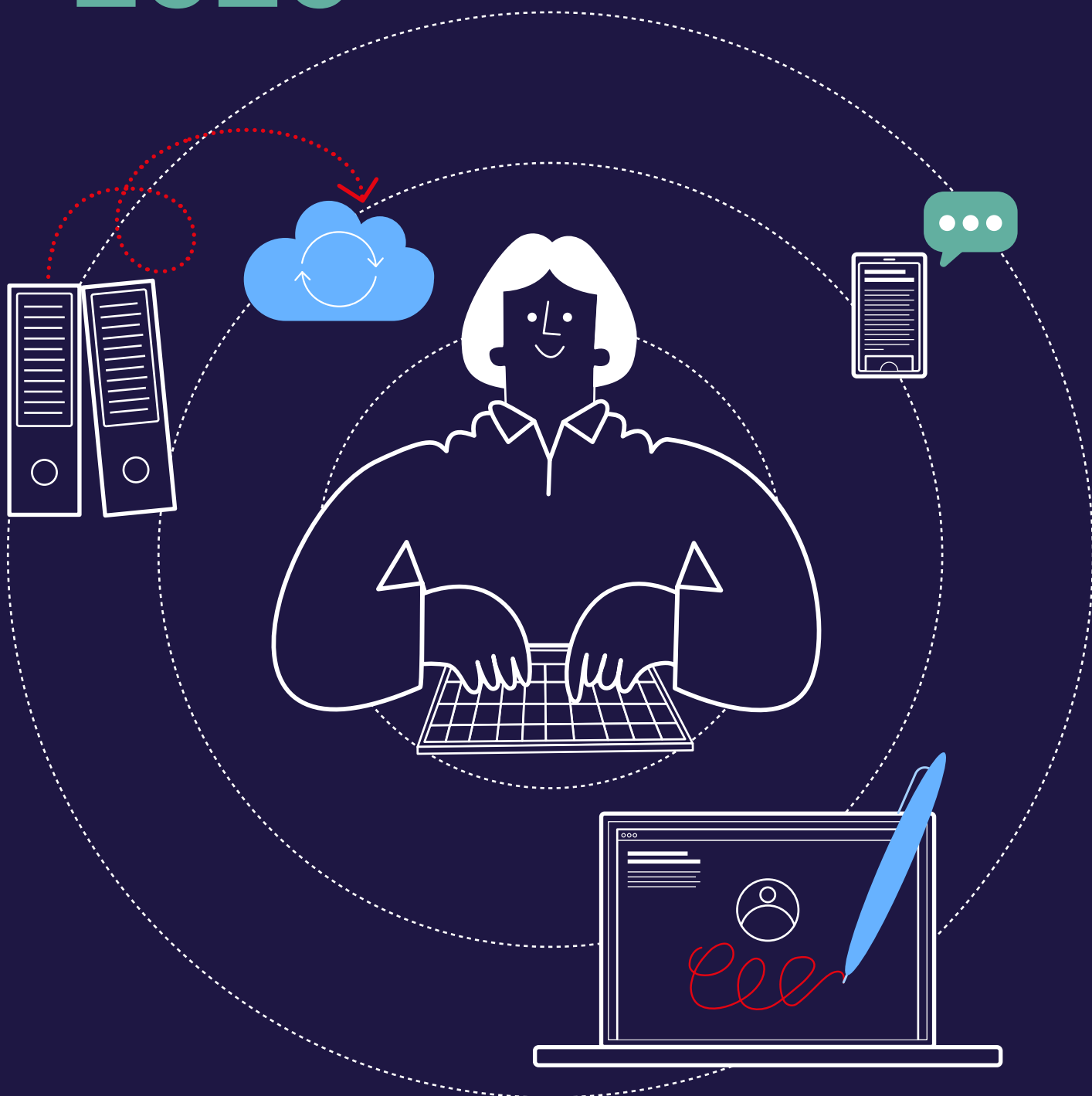




Digitale Verwaltung Schweiz
Administration numérique suisse
Amministrazione digitale Svizzera

Umsetzungsplan 2026





Umsetzungsplan DVS 2026

Datum 27. Oktober 2025

Inhaltsverzeichnis	1	Einleitung	2
	2	Übersicht Agenda DVS	2
	3	Projekte Umsetzungsplan	4
	4	Leistungsschwerpunkte DVS	36
	5	Budget- und Planungsübersicht des Umsetzungsplans DVS (in CHF 1000)	40



1 Einleitung

Mit dem Umsetzungsplan definiert die DVS Projekte und Leistungsschwerpunkte, die zur Erfüllung der in der Strategie «Digitale Verwaltung Schweiz 2024–2027» festgelegten strategischen Schwerpunkte und ihren strategischen Zielen beitragen. Der Umsetzungsplan DVS 2026 wurde an der Sitzung vom 27. Oktober 2025 durch das politische Führungsgremium der DVS verabschiedet.

Der Umsetzungsplan beinhaltet die Bestandteile:

- Kapitel 3: Projekte, inklusive Agenda Nationale Infrastrukturen und Basisdienste DVS (Agenda DVS)
- Kapitel 4: Leistungsschwerpunkte DVS

2 Übersicht Agenda DVS

In der nachstehenden Übersicht werden die strategischen Schwerpunkte beschrieben.

Schwerpunkt	Beschreibung
1 Digitale Behördenleistungen schweizweit gemeinsam ausbauen	Das Leistungsangebot wird schweizweit ausgebaut. Die Gemeinwesen streben danach, ein umfassendes, durchgängiges und auf die Anspruchsgruppen ausge-richtetes Angebot digitaler Behördenleistungen über alle föderalen Ebenen hin-weg zu schaffen. Um durchgängige digitale Leistungen zu erbringen, sollen die Organisationsgrenzen überwunden werden. Gemeinsam werden Behördenpro- zesse anhand ihres Potenzials ausgewählt und organisationsübergreifend und in- teroperabel ausgestaltet.
2 One-Stop-Govern-ment realisieren	Die Gemeinwesen bieten den Anspruchsgruppen nutzerorientierte Zugänge zu allen digitalen Behördenleistungen. Hierfür sollen alle notwendigen Interaktionen mit der Verwaltung dezentral über eine vertikal und horizontal integrierte in- teroperable Serviceplattformlandschaft (One-Stop-Government) erfolgen. Ein One-Stop-Government impliziert jedoch nicht, dass es schweizweit nur eine digi- tale Anlaufstelle gibt.
3 E-ID und Vertrau-ensinfrastruktur schweizweit einführen	Die staatlich anerkannte E-ID wird eingeführt. Sie ermöglicht es, die Identität mit- tels eines elektronischen Nachweises zu belegen. Die E-ID erfordert den Aufbau und Betrieb einer Vertrauensinfrastruktur über alle drei föderalen Ebenen hinweg, insbesondere ein staatliches Wallet sowie ein Basis- und Vertrauensregister.
4 Wertschöpfende Datennutzung fördern	Das Datenökosystem Schweiz wird weiterentwickelt, indem insbesondere die ge- meinsame Datenbewirtschaftung und die Sekundärnutzung von Daten im Sinne von Datenräumen gefördert werden. Die Nutzung der Daten von Wissenschaft und Wirtschaft wird begünstigt, die internationale Anschlussfähigkeit wird sicher- gestellt. Schlüsselanwendungen werden in enger Abstimmung der Gemeinwesen gezielt gefördert und weiterentwickelt, um Erfahrungen und Lösungen zu multipli- zieren. Dies führt zu einer weitergehenden Erschliessung des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Potenzials des föderalen Datenmanagements.
5 Cloud-enabled- Government ermögli- chen	Die Verwaltung sieht eine kombinierte Nutzung von Private- wie auch Public- Cloud-Infrastrukturen vor (hybrider Multi-Cloud-Ansatz). Um der Bedeutung und den Herausforderungen der Cloud-Technologie in der Anwendung im Verwal- tungskontext gerecht zu werden, agieren Bund, Kantone, Städte und Gemeinden gemeinsam. Sie gehen die interdisziplinären Fragestellungen der Cloudnutzung ganzheitlich an, indem sie die Zivilgesellschaft, die Politik, die Wirtschaft und die Wissenschaft aktiv einbeziehen. Im Fokus stehen dabei die Themenfelder Recht, Datenschutz, Befähigung und digitale Souveränität.
6 Zusammenarbeit stär-ken und als vernetztes Gesamtsystem agieren	Die Gemeinwesen in der Schweiz treiben die Umsetzung von digitalen Behör- denleistungen als vernetztes Gesamtsystem aktiv voran. Die interdisziplinäre fachliche Vernetzung wird mithilfe der DVS als Plattform forciert. Bund, Kantone, Städte und Gemeinden verständigen sich über eine verwaltungsübergreifende Gesamtarchitektur. Die für die zukunftsgerichtete Zusammenarbeit notwendigen Strukturen und Verbindlichkeiten werden geschaffen bzw. weiter gefestigt.

3 Projekte Umsetzungsplan

3.1 INM1.026: Neuausrichtung E-Voting

Strategischer Schwerpunkt: Digitale Behördenleistungen schweizweit gemeinsam ausbauen

Kontakt: Oliver Spycher; oliver.spycher@bk.admin.ch / Bettina Hirter; bettina.hirter@bk.admin.ch

Leistungsverantwortliche Organisation: Bundeskanzlei (BK)

Beschreibung:

Bund und Kantone entwickeln einen stabilen Versuchsbetrieb der elektronischen Stimmabgabe mit vollständig verifizierbaren Systemen. Die Systeme und deren Betrieb werden im Auftrag der Bundeskanzlei überprüft. Die Versuche werden laufend ausgewertet und Handlungsbedarf zur Stärkung von Sicherheit und Vertrauen identifiziert und angegangen. Die Kantone werden bei der Einführung von E-Voting optimal unterstützt.

Massnahmen/Lieferobjekte:

- M1: Realisierung unabhängiger Verifier (A.4)
- M2: Realisierung Kontrollkomponenten (A.4)
- M3: Realisierung Anpassung Printoffice (A.5)
- M4: Realisierung Public Bulletin Board (A.6)
- M5: Reduktion Abhängigkeiten von externer Software im System der Post (A.10) (abgeschlossen)
- M6: Weiterentwicklung symbolischer Beweise über die Konformität des kryptographischen Protokolls (A.12) (abgeschlossen)
- M7: Verzicht SGSP-Problem (A.13)
- M8: Verzicht Geltungsbereich Stimmberechtigung für Bildung Zählkreise (A.14)
- M9: Implementierung der Crypto-Primitives richtet sich verstärkt nach den Design-Prinzipien der objektorientierten. Programmierung (A.15) (abgeschlossen)
- M10: Harmonisierung Terminologie zwischen Bund, Kantonen und Post (A.17)
- M11: Die Kantone dokumentieren die Bezüge zwischen ihren betrieblichen Anleitungen und dem kryptografischen Protokoll sowie den Anforderungen der VELeS (A.18) (abgeschlossen)
- M12: Bei der öffentlichen Überprüfung können Urnengänge ausgehend von den eCH-Daten aufgesetzt werden (A.20) (abgeschlossen)
- M13: Verbesserung der Möglichkeiten zur unabhängigen Untersuchung von Vorfällen (B.13) (abgeschlossen)

Endtermin: 31.12.2027

Budget/Planung (in CHF):

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag	290'000	450'000	572'548	2'036'850	1'014'950	1'350'000	5'714'348

3.2 INM1.059: Betrieb ch.ch

Strategischer Schwerpunkt: Digitale Behördenleistungen schweizweit gemeinsam ausbauen**Kontakt:** André Do Canto; andre.docanto@bk.admin.ch**Leistungsverantwortliche Organisation:** Bundeskanzlei (BK)**Beschreibung:**

Das Informationsportal ch.ch ist die zentrale Einstiegsseite zu Informationen und Dienstleistungen der Schweizer Behörden und leistet dadurch einen wichtigen Beitrag für die Bevölkerung. Es gibt leicht verständliche Antworten in fünf Sprachen auf Fragen, die den Behörden oft gestellt werden. Am meisten genutzt werden die Seiten mit Informationen zu Verkehrsfragen, zum Arbeitsrecht, zur Altersvorsorge sowie zum Zoll. Einen Schwerpunkt legt ch.ch überdies auf Informationen zum politischen System der Schweiz.

Dank der Zusammenarbeit zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden hilft ch.ch, den Zugang zu digitalen Behördenangeboten für die Bevölkerung laufend zu verbessern. Die Inhalte werden fortlaufend gepflegt und weiterentwickelt. ch.ch ist suchmaschinenoptimiert.

Alle vier Jahre finden die eidgenössischen Wahlen statt. Das Wahlportal auf ch.ch bietet ab Herbst 2026 wiederum ausführliche Informationen zum Wahlprozedere und zu den Wahlergebnissen im Jahr 2027.

Das Informationsportal ch.ch ist eine wichtige Basis für den kontinuierlichen Wissensaustausch und die Vernetzung der Kantone, den Gemeinden und vom Bund. Wichtige Plattformen diesbezüglich sind zum Beispiel das «Forum Digitale Kommunikation» und die Arbeitsgruppe «Analytics».

Massnahmen/Lieferobjekte:

- M1: Contentpflege und Plattformbetrieb
- M2: Erneuerung der Beschaffungsgrundlage (abgeschlossen)
- M3: DVS-spezifischer Content zu Digitalisierungsthemen
- M4: Anlässe Forum Digitale Kommunikation
- M5: Arbeitsgruppe Analytics - föderale Arbeitsgruppe

Endtermin: 31.12.2027**Budget/Planung (in CHF)¹:**

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag				720'000	570'000	700'000	1'990'000

¹ Ab 2025 ist der Betrieb gesondert als INM1.059 aufgeführt; In den Vorjahren war der Betrieb ch.ch. unter INM1.060 M0

3.3 INM1.060: Nutzerfreundlichkeit der elektronischen Behördenleistungen verbessern (Weiterentwicklung ch.ch)

Strategischer Schwerpunkt: Digitale Behördenleistungen schweizweit gemeinsam ausbauen

Kontakt: André Do Canto; andre.docanto@bk.admin.ch

Leistungsverantwortliche Organisation: Bundeskanzlei (BK)

Beschreibung:

Das Informationsportal der Schweizer Behörden ch.ch unterstützt strategische Initiativen im Kontext der digitalen Behördenangebote. In den Jahren 2025 bis 2027 soll ch.ch dabei mit konkreten Massnahmen die Ziele der DVS-Strategie unterstützen.

Massnahmen/Lieferobjekte:

- M1: Analyse bestehender Standards (z. B. eCH-0049 oder eCH-0070) im Rahmen des Zugangs zu Behördenleistungen. (abgeschlossen)
- M2: Weiterentwicklung der bestehenden Standards (z. B. eCH-0049 oder eCH-0070) im Rahmen des Zugangs zu Behördenleistungen
- M3: Bundes- und Kantonsleistungen auf ch.ch (Grundlage I14Y)
- M4: KI-Studie (abgeschlossen)
- M5: KI Chatbot
- M6: Labor ch.ch
- M7: Konzept Finanzierung ch.ch ab 2028 (abgeschlossen)

Endtermin: 31.12.2027

Budget/Planung (in CHF)²:

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag	1'000'000	1'000'000	890'000	280'000	430'000	300'000	3'900'000

² Der Betrieb ch.ch. ist unter INM1.060 M0; Ab 2024 ist der Betrieb gesondert als INM1.059 aufgeführt;

3.4 INM1.068: Neuentwicklung der Publikationsplattform «Amtsblattportal»

Strategischer Schwerpunkt: Digitale Behördenleistungen schweizweit gemeinsam ausbauen

Kontakt: Träutlein Sibylle; sibylle.traeutlein@seco.admin.ch

Leistungsverantwortliche Organisation: Staatssekretariat für Wirtschaft SECO

Beschreibung:

Die Plattform «Amtsblattportal» wird neu entwickelt. Das Ziel ist, das «Amtsblattportal» technologisch und funktional auf den neusten Stand zu bringen und an den aktuellen Standards und Anforderungen auszurichten. Dadurch kann ein sicherer und kosteneffizienter Betrieb und die Erfüllung des Leistungsauftrags gemäss den rechtlichen Anforderungen auch künftig gewährleistet und der weitere Ausbau zur zentralen Schweizer Publikationsplattform für amtliche Meldungen fortgeführt werden. Die Trägerschaft durch alle föderalen Ebenen hindurch soll weiter gestärkt und längerfristig etabliert werden. Besonders wichtig ist dabei, dass die spezifischen Anforderungen der Kantone und Gemeinden ins Pflichtenheft einfließen, damit die neue Plattform für alle Beteiligten einen grösstmöglichen Nutzen stiften kann. Es sind die Bedürfnisse aller Kantone zu erheben, da auch diejenigen Kantone Daten beziehen, die über eigene Kanäle publizieren. Für die Kantone und Gemeinden ist die Plattform die erste digitale Lösung zur Publikation von Meldungen. Die Anforderungen der Gemeinden und Städte werden über den Schweizerischen Gemeindeverband SGV und den Schweizerischen Städteverband SSV abgedeckt.

Massnahmen/Lieferobjekte:

- M1: Konzept erstellen (abgeschlossen)
- M2: Umsetzung

Endtermin: 30.09.2026

Budget/Planung (in CHF):

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag		100'000	350'000	700'000	350'000		1'500'000

3.5 INM1.902: Anschubfinanzierung «sichere Zustellplattform(en)»

Strategischer Schwerpunkt: Digitale Behördenleistungen schweizweit gemeinsam ausbauen**Kontakt:** Sabina Steiner; sabina.steiner@digitale-verwaltung-schweiz.ch**Leistungsverantwortliche Organisation:** Geschäftsstelle DVS**Beschreibung:**

Die sichere und rechtskonforme elektronische Zustellung von Verfügungen ist ein grosses Bedürfnis in der Verwaltung von Kanton und Gemeinden.

Die Geschäftsstelle DVS führt im Jahr 2025 ein Vorprojekt zum Thema «sichere/anerkannte Zustellplattform(en)» durch. Dabei wird die Ist-Situation erhoben, das rechtliche Umfeld analysiert und eine Marktanalyse durchgeführt. Mit den Ergebnissen wird ein Strategiebericht erstellt, um weitere Projekte zur Anschubfinanzierung sichere Zustellplattformen zu eruieren.

Durch die gleichzeitige Koordination mit dem Projekt «INM1.083 Digitaler Kundenshalter im Thurgau: Zertifizierung als anerkannte Plattform» wird der Know-how-Transfer und die Wiederverwertbarkeit der Ergebnisse sichergestellt.

Massnahmen/Lieferobjekte:

- M1 Vorprojekt (abgeschlossen)
- M2 Hauptprojekt für Umsetzungsmassnahmen

Endtermin: 31.12.2027**Budget/Planung (in CHF)³:**

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Vorprojekt (M1)				240'000			240'000
Hauptprojekt (M2)					1'440'000	1'500'000	2'940'000
Total				240'000	1'440'000	1'500'000	3'180'000

³ INM1.083:» Digitaler Kundenshalter im Thurgau: Zertifizierung als anerkannte Zustellplattform» ist Teil dieser Umsetzung

3.6 INM1.071: Schweizweite Betreibungsregistrauskunft

Strategischer Schwerpunkt: Digitale Behördenleistungen schweizweit gemeinsam ausbauen

Kontakt: David Habegger; david.habegger@hispeed.ch (Externer Projektleiter)

Leistungsverantwortliche Organisation: Konferenz der Stadtammänner von Zürich (KdSZ)

Beschreibung:

Die Ausfertigung der Betreibungsregistrauskunft ist einer der häufigsten Geschäftsvorfälle in der Verwaltung. In aktuellen Betreibungsregistrauszügen sind nur diejenigen Betreibungsverfahren verzeichnet, die in dem Betreibungskreis laufen, in dem der Auszug bestellt wird.

Neu soll eine Betreibungsregistrauskunft über alle 366 Ämter der Schweiz ausgestellt werden (BRA CH). Einerseits wird für die Bevölkerung die Einholung einer Betreibungsaukunft einfacher. Andererseits wird damit dem Missbrauch der Betreibungsregistrauskunft durch geeignete Massnahmen ein Riegel geschoben und Betrugsfällen durch Schuldner vorgebeugt. Zudem sollen die Betreibungsämter durch eine voll-digitale Abwicklung der Selbstauskünfte entlastet werden.

Massnahmen/Lieferobjekte:

- M0: Projektmanagement
- M1/M2: Erstellung der Spezifikation (abgeschlossen)
- M3: Umsetzung Prototyp (abgeschlossen)
- M4: Beschaffung
- M5: Umsetzung Amt-Software
- M6: Migration von Registrauszugs-Bestandesdaten
- M7: DB schweizweiter Betreibungsregistrauszug umsetzen
- M8: Portal schweizweiter Betreibungsregistrauszug umsetzen
- M9: Verifikation umsetzen
- M10: Definition, Aufbau und Schulung der Governance und der Betriebsorganisation inkl. aller betrieblichen Rollen
- M11: Durchführen von einem oder mehreren Piloten (z. B. mit einem Kanton oder einem Amts-Software-Lieferanten)

Endtermin: 31.12.2027

Budget/Planung (in CHF):

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag			300'000	900'000	1'100'000	1'300'000	3'600'000

3.7 INM1.082: Erstellung und Einlieferung kommunaler Services in ein beliebiges kantonales Portal (GemeindeConnect)

Strategischer Schwerpunkt: Digitale Behördenleistungen schweizweit gemeinsam ausbauen

Kontakt: Gerald Strub; gerald.strub@strubpartner.ch (Externer Projektleiter)

Leistungsverantwortliche Organisation: Schweizerischer Gemeindeverband (SGV)

Beschreibung:

Den Gemeinden wird ein Umsetzungsinstrument für die Erstellung von kommunalen Services inklusive erste Services zugänglich gemacht. Dieses Umsetzungsinstrument deckt auch die fachliche Zusammenarbeit mit den Public Innovators (kommunale Verwaltungsmitarbeitende) ab. Die bestehenden kantonalen Gemeindeverbände werden als wichtige Bindeglieder und Multiplikatoren eingesetzt. Für die Einwohnerinnen und Einwohner werden mit diesem Vorgehen kommunale Services bereitgestellt. Diese werden kundenorientiert auf einem kantonalen, meist bereits bestehenden Portal angeboten. Das ermöglicht eine nahtlose Integration und stellt sicher, dass Einwohnerinnen und Einwohner sowie Unternehmen auf effektive Weise von Dienstleistungen aus allen föderalen Ebenen profitieren können.

Das fachliche und technische Konzept als Grundlage wurde bereits erarbeitet und die daraus entstandenen Entwicklungen befinden sich seit zwei Jahren im Kanton Aargau (Fit4Digital) in Betrieb.

Massnahmen/Lieferobjekte:

- M1: Klären erster grundsätzlicher Fragestellungen (abgeschlossen)
- M2: Aufzeigen von kommunalen Zusammenarbeits-Varianten auf der Basis der Erfahrung in anderen Kantonen. (abgeschlossen)
- M3: 2025 und 2026 als Basis für die zu erarbeitenden Ergebnisse (abgeschlossen)
- M4: Sicherstellung und Koordination des Einbezugs des Projekt- und Fachausschusses für den gesamten Aufbau. Weiterentwicklung des Vertriebsmodells an die Gemeindeorganisationen. Wahl der Handlungsform. Definition der Finanzierung. Erarbeiten eines Schulungskonzepts. Kontinuierliche Weiterentwicklung und Abstimmung.
- M5: Zusammenstellen eines Projektteams für den Aufbau der Gemeindeorganisation. (abgeschlossen)
- M6: Prüfen, ob auf bestehender Zusammenarbeit aufgebaut werden kann (abgeschlossen)
- M7: Vorbereiten und Durchführen eines Public Innovators Kickoff für die Bekanntgabe der fachlichen Zusammenarbeit und die Sammlung von Service-Ideen, welche als Basis für das Service-Inventar genutzt werden (abgeschlossen)
- M8: Laufende Abstimmung mit den wichtigen Stakeholdern. Unterstützen bei technologischen Fragestellungen für die Einlieferung von kommunalen Services in kantonales Portal oder Gemeinde-Webseiten. (abgeschlossen)
- M9: Erarbeiten des Kommunikationskonzepts aus Sicht der Gemeinden. (abgeschlossen)
- M10: Aufbau der Systeme sowie Onboarding der First-Mover-Gemeinden.

- M11: Mithilfe eines Formular-Designers werden die Services kreiert. Schnittstellen werden zusammen mit den Softwareanbietern bereitgestellt. Einrichten des Gemeinde-Cockpits. Durchführung von Schulungen und Testings.
- M12: Integration in die bestehenden kantonalen Portale und Gemeinde-Webseiten. Umsetzen der Anbindung an Microservices (mein Konto, Authentication, Messaging Service, usw.).
- M13: Bereitstellen der Organisation. Erbringung der notwendigen Supportleistungen.
- M14: Die ersten 5 kommunalen Services gehen auf einem kantonalen Portal und/oder auf einer Gemeinde-Webseite live.
- M15: Die 5 umgesetzten kommunalen Services werden in anderen Kantonen als Basis für die Umsetzung genutzt und entsprechend angepasst.
- M16: Die fachliche Weiterentwicklung der bestehenden Services und Entwicklung neuer Services wird mit den Public Innovators sichergestellt. Die Services werden betrieben und supportet.

Endtermin: 31.12.2027

Budget/Planung (in CHF):

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag			93'084	526'400	210'000	210'000	1'039'484

3.8 INM1.083: Digitaler Kundenshalter im Thurgau: Zertifizierung als anerkannte Zustellplattform

Strategischer Schwerpunkt: One-Stop-Government realisieren**Kontakt:** Eva-Maria Boretti; eva-maria.boretti@tg.ch**Leistungsverantwortliche Organisation:** Amt für Informatik, Kanton Thurgau**Beschreibung:**

Der Soll-Zustand ist die Anerkennung und Anpassung des Digitalen Schalters des Kanton Thurgau zur sicheren Zustellplattform. Der Digitale Schalter soll eine benutzerfreundliche Online-Plattform zur sicheren und nahtlosen Zustellung von Verwaltungsdokumenten an Bürgerinnen und Bürger sein. Die Plattform gewährleistet eine sichere Übermittlung sensibler Daten und ermöglicht den Bürgerinnen und Bürgern einen effizienten und modernen Datenaustausch innerhalb eines geschlossenen Ökosystems (Lösung heute: Antrag an Behörde wird digital erfasst, Dokument wird analog zugestellt). Der Kontext umfasst sowohl die rechtlichen Anforderungen und Vorschriften zum sicheren Datenaustausch zwischen Verwaltungen und Bürgerinnen/Bürgern sowie die bestehenden Herausforderungen bei der Zustellung von Dokumenten an Bürgerinnen und Bürger. Die Zertifizierung des Digitalen Schalters zur sicheren Zustellplattform ermöglicht ein einheitliches digitales Ökosystem ohne Drittanbieter zum Austausch von elektronischen Dokumenten zwischen der Verwaltung und Bürgerinnen/Bürgern.

Massnahmen/Lieferobjekte:

- M1: Zusammenstellung aller zu erfüllenden Kriterien und weitere Vorabklärungen (abgeschlossen)
- M2: Prüfung der Erfüllung der Kriterien des Bundes (abgeschlossen)
- M3: Weiterentwicklung der Plattform zur Erfüllung der Kriterien (abgeschlossen)
- M4: Zertifizierungsvorbereitung (abgeschlossen)
- M5: Durchführung der Zertifizierung

Endtermin: 31.10.2026**Budget/Planung (in CHF):**

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag			40'000	260'000	60'000		360'000

3.9 INM1.087: Vorprojekt zum Aufbau einer E-Collecting-Infrastruktur⁴

Strategischer Schwerpunkt: Digitale Behördenleistungen schweizweit gemeinsam ausbauen

Kontakt: Oliver Spycher; oliver.spycher@bk.admin.ch / Bettina Hirter; bettina.hirter@bk.admin.ch

Leistungsverantwortliche Organisation: Bundeskanzlei (BK)

Beschreibung:

E-Collecting bezeichnet ein digitales Verfahren, mit dem Volksinitiativen und fakultative Referenden in den politischen Prozess eingebracht werden können. Um die verschiedenen E-Collecting-Aktivitäten zu koordinieren, hat die BK am 5. Mai 2025 ein E-Collecting-Programm initialisiert. Das Vorprojekt ist Bestandteil dieses Programms (entspricht der Initialisierungsphase) und enthält die Erarbeitung der Grundlagen. Es sollen grundlegende Fragen geklärt (Zielbild, Verantwortlichkeiten, rechtliche Grundlagen, Architektur, Schnittstellen) und Lösungsansätze geprüft werden.

Massnahmen/Lieferobjekte:

- M1: Durchführung partizipativer Prozess/Dialog, inkl. Hackathon, unter Einbezug aller Staatsebenen
- M2: Ausarbeitung der Rechtsgrundlagen
- M3: Ergebnisbericht zu Vorprojekt, Erarbeitung Durchführungsauftrag

Endtermin: 31.12.2026

Budget/Planung (in CHF):

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag				300'000	300'000		600'000

⁴ Dieses Vorprojekt ist Teil des Programms «E-Collecting» der Bundeskanzlei

3.10 INM1.906: Grundlagen für die kooperative Entwicklung von Serviceangeboten

Strategischer Schwerpunkt: Digitale Behördenleistungen schweizweit gemeinsam ausbauen**Kontakt:** Sabina Steiner; sabina.steiner@digitale-verwaltung-schweiz.ch**Leistungsverantwortliche Organisation:** Geschäftsstelle DVS**Beschreibung:**

Digitale Behördenleistungen sollten als Baukasten schweizweit gemeinsam ausgebaut werden. Die Verwaltungen verständigen sich auf Behördenleistungen, die eng koordiniert digital gemeinsam umgesetzt werden; Digitale amtliche Bescheinigungen wie die Wohnsitzbescheinigung, der Strafregisterauszug oder der Betreibungsregisterauszug sind standardisiert und schweizweit sowie international durchgängig digital in die Prozesse von Verwaltung und Privatwirtschaft integrierbar. Standardisierungsmöglichkeiten und Best Practices sind bekannt und es wird geklärt, ob ein gemeinsames Repository aufgebaut werden soll.

Der Nutzen für die User liegt darin, dass digitale Behördenleistungen durch den Baukasten-Ansatz schweizweit einheitlich und benutzerfreundlich gestaltet werden. Die Verwendung von gemeinsamen Design-Standards und Best Practices stellt sicher, dass die Dienste übersichtlich, intuitiv und leicht zugänglich sind – unabhängig davon, in welcher Region die User diese nutzen. Das erhöht die Benutzerfreundlichkeit und erleichtert es Bürgern und Unternehmen, sich im digitalen Angebot zurechtzufinden.

Als Grundlage soll in einem Vorprojekt ein nach einheitlichen Standards erhobenes Inventar an bestehenden digitalen Behördenleistungen erarbeitet werden. Mit einer einheitlichen Systematik für die Inventarisierung der Behördenleistungen können Bund und Kantone erkennen, welche Behördenleistungen schon bestehen und von weiteren Kantonen (adaptiert) übernommen werden könnten.

Massnahmen/Lieferobjekte:

- M1: Vorprojekt
- M2: Hauptprojekt(e)

Endtermin: 31.12.2027**Budget/Planung (in CHF):**

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Vorprojekt (M1)					200'000		200'000
Hauptprojekt (M2)					300'000	1'000'000	1'300'000
Total					500'000	1'000'000	1'500'000

3.11 INM3.061: Umsetzung eines Authentifizierungsdienst der Schweizer Behörden (AGOV)

Strategischer Schwerpunkt: One-Stop-Government realisieren

Kontakt: Philipp Dasen; philipp.dasen@bk.admin.ch

Leistungsverantwortliche Organisation: Bundeskanzlei (BK-DTI)

Bemerkung: Das Projekt AGOV ist operativ. Es ist Teil des Programms E-ID und ist ein wichtiger «Verifier» in der Vertrauensinfrastruktur E-ID.

Beschreibung:

Der Bund betreibt ein Authentifizierungssystem bei dem die e-ID als Zugangsmittel zu angeschlossenen Diensten oder Anwendungen genutzt werden kann. Dieses System zur Authentifizierung steht Bund, Kantonen und Gemeinden zur Verfügung und unterstützt die Mehrfachnutzung von elektronischen Identitäten in der Schweiz. Vorgesehen ist eine «Proof of Concept» (PoC)-Umgebung eines Identitätsverbunds inklusive CH-LOGIN und die operative Nutzung ab 2024.

Massnahmen/Lieferobjekte:

- M1: Studie AGOV (abgeschlossen)
- M2: PoC AGOV funktional (abgeschlossen)
- M3: Betrieb PoC-Umgebung BIT (abgeschlossen)
- M4: Start Aufbau Supportorganisation (abgeschlossen)
- M5: Start Umsetzung Endausbau kantonale Anforderungen (abgeschlossen)
- M6: Georedundanz verfügbar
- M7: Start Regelbetrieb BIT, inkl. Supportorganisation (abgeschlossen)
- M8: Start Anschluss kantonaler Zielapplikationen oder IAM-Systeme (Produktion) (abgeschlossen)
- M9: Fortsetzung weiterer Ausbau kantonale Anforderungen
- M10: Start Weiterentwicklung E-ID (abgeschlossen)
- M11: Anschluss staatliche E-ID (Wallet2Federation-Service)

Endtermin: 31.12.2026

Budget/Planung (in CHF):

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag		3'100'000	4'450'000	5'600'000	3'000'000		16'150'000

3.12 INM2.084: Digitale Vereinfachungen für Unternehmen durch erneuerte E-Bilanz im Bereich direkte und indirekte Steuern

Strategischer Schwerpunkt: One-Stop-Government realisieren

Kontakt: Felix Sager; felix.sager@sg.ch

Leistungsverantwortliche Organisation: Schweizerische Steuerkonferenz SSK

Beschreibung:

Für juristische Personen ist erst in wenigen Kantonen eine elektronische Steuerdeklaration möglich. Die Mehrheit der für die Deklaration relevanten Daten müssen zur Zeit von den Unternehmen manuell aus der Erfolgsrechnung und der Bilanz herausgelesen werden. Dieser aufwändige Prozess soll mittels einer standardisierten E-Bilanz digitalisiert und automatisiert werden.

Mit der Umsetzung konkreter Anwendung der E-Bilanz für die Steuerdeklaration juristischer Personen und die Abrechnung der Mehrwertsteuer werden folgende Ziele angestrebt:

Die Unternehmen können aus ihren Finanzbuchhaltungen direkt auf Knopfdruck die notwendigen Finanzdaten nach eCH-0276 für die Steuererklärung Juristische Personen in die Deklarationslösung der kantonalen Steuerverwaltungen übermitteln und aus ihren Finanzbuchhaltungen direkt auf Knopfdruck die notwendigen Daten nach eCH-0217 für die Abrechnung der Mehrwertsteuer an die Eidgenössische Steuerverwaltung übermitteln.

Massnahmen/Lieferobjekte:

- M1: Erhebung der Anforderungen (abgeschlossen)
- M2: Öffentliche Ausschreibung (abgeschlossen)
- M3: Umsetzung in Pilotkantonen
- M4: Technische und finanzielle Abklärungen (abgeschlossen)
- M5: Umsetzung Pilot mit MWST-Verwaltung und Swissdec

Endtermin: 31.12.2026

Budget/Planung (in CHF):

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag			100'000	100'000	50'000		250'000

3.13 INM2.085 Studie zu den Rahmenbedingungen und möglichen Voraussetzungen einer vorausgefüllten Steuererklärung für natürliche Personen

Strategischer Schwerpunkt: One-Stop-Government realisieren

Kontakt: Felix Sager; felix.sager@sg.ch

Leistungsverantwortliche Organisation: Schweizerische Steuerkonferenz SSK

Beschreibung:

Die Wirtschaft ist sehr an digitalen Lösungen ohne Medienbrüche für ihre Kunden interessiert, auch im Steuerbereich. Verschiedene kantonale Steuerverwaltungen zeigen ebenfalls grosses Interesse am Thema vorausgefüllte Steuererklärungen. Weil ein Kanton allein keine sinnvolle Lösung wird erarbeiten können, braucht es ein gemeinsames Vorgehen der Steuerverwaltungen.

Die Ziele der geplanten Studie sind die «Klärung der aktuellen Ausgangslage, der relevanten Rahmenbedingungen (rechtlich, Datenschutz, usw.) für eine freiwillige vorausgefüllte Steuererklärung von natürlichen Personen sowie die Klärung der Erwartungen und ein gemeinsames Verständnis für eine freiwillige vorausgefüllte Steuererklärung von natürlichen Personen. Es werden mögliche Varianten und Bewertung Machbarkeit erarbeitet und eine Empfehlung der machbaren Lösungsvarianten abgegeben.

Massnahmen/Lieferobjekte:

- M1: Studie zu den Rahmenbedingungen und möglichen Voraussetzungen einer freiwilligen vorausgefüllten Steuererklärung für natürliche Personen (abgeschlossen)

Endtermin: 30.06.2025

Budget/Planung (in CHF):

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag			75'000	75'000			150'000

3.14 INM2.074: Weiterentwicklung von EasyGov

Strategischer Schwerpunkt: One-Stop-Government realisieren**Kontakt:** Pascal Graf; pascal.graf@seco.admin.ch / Dario Bernardi; dario.bernardi@seco.admin.ch**Leistungsverantwortliche Organisation:** Staatssekretariat für Wirtschaft SECO**Beschreibung:**

Die Plattform EasyGov.swiss reduziert die administrative Belastung der KMU und stärkt die Wettbewerbsfähigkeit gemäss Unternehmensentlastungsgesetz (UEG) und Standortförderung 2024–2027. Das UEG verpflichtet Bund und Kantone, elektronische Behördenleistungen für Unternehmen und UID-Einheiten über EasyGov bereitzustellen, soweit sie Bundesrecht vollziehen. Mit EasyGov 2.0 entsteht ein zentraler, nutzerfreundlicher One-Stop-Shop von Bund, Kantonen und Gemeinden. Zur Sicherstellung der Interoperabilität und Datensicherheit werden bis 2027 entsprechende Verordnungen erarbeitet, basierend u. a. auf der Studie «Architekturreview EasyGov». EasyGov 2.0 ermöglicht eine verbindliche, integrierte digitale Umsetzung von Behördenleistungen und trägt direkt zur Umsetzung der Strategie der DVS sowie zur Schaffung föderaler digitaler Standards bei.

Massnahmen/Lieferobjekte:

- M1: Integration von Behördenleistungen auf EasyGov 1.0 gemäss Release-Ansicht im Steckbrief. (abgeschlossen)
- M2: Erstellung der Konzepte EasyGov 2.0.
- M3: Die Anbindung der aktuell bestehenden Behördenleistungen auf EasyGov 1.0 an das neue Portal EasyGov 2.0 sicherstellen
- M4: Realisierung von EasyGov 2.0, d.h. neue IT-Architektur mit Info-Modul, Core-Modul und Fachmodulen
- M5: Bereitstellung der EasyGov 2.0 Plattform für die Kantone und Bundesämter bzw. deren Behördenleistungen in Vollzug von Bundesrecht
- M6: Erarbeitung der im UEG vorgesehenen rechtlichen Grundlagen auf Verordnungsstufe (Verordnung Standards zwecks Sicherstellung der Plattforminteroperabilität und Verordnung des WBF zur Datensicherheit)

Endtermin: 31.12.2027**Budget/Planung (in CHF):**

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag				2'500'000	4'600'000	4'600'000	11'700'000

3.15 INM1.070: Erneuerung und Weiterentwicklung «iGovPortal.ch»

Strategischer Schwerpunkt: One-Stop-Government realisieren**Kontakt:** Cédric Roy; cedric.roy@admin.vs.ch**Leistungsverantwortliche Organisation:** iGovPortal.ch (Verein)**Beschreibung:**

Entwicklung des digitalen Online-Schalters für Kantone und Gemeinden durch Erneuerung und Weiterentwicklung der interkantonalen Plattform iGovPortal hinsichtlich Interoperabilität und Standardisierung.

Massnahmen/Lieferobjekte:

- M1: Erneuerung IT-Architektur (abgeschlossen)
- M2: Erneuerung der Benutzeroberfläche und Erweiterung der Funktionalität

Endtermin: 31.12.2026**Budget/Planung (in CHF):**

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag		250'000	850'000	1'650'000	450'000		3'200'000

3.16 INM2.907: Referenzarchitektur und Standards für Servicebausteine

Strategischer Schwerpunkt: One-Stop-Government realisieren**Kontakt:** marcel.kessler@digitale-verwaltung-schweiz.ch**Leistungsverantwortliche Organisation:** Geschäftsstelle DVS**Beschreibung:**

Servicebausteine für Funktionen wie Payment, Signaturen, die sichere Zustellung oder Authentifikation werden heute von verschiedenen Anbietern entwickelt und den Gemeinwesen zur Verfügung gestellt. Damit schweizweit einheitliche und standardisierte Bausteine entstehen können, braucht es klare Referenzarchitekturen, eine gemeinsame Multiportal-Architektur sowie Standards. Neben der Erstellung der Referenzarchitekturen und Standards sollen Bedarfsabklärungen aufzeigen, ob bestimmte Servicebausteine zentral angeboten werden sollen.

Massnahmen/Lieferobjekte:

- M1: Bedarfsabklärung
- M2: Erstellung Referenzarchitekturen und Standards

Endtermin: 31.12.2027**Budget/Planung (in CHF)⁵:**

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag					1'500'000	1'500'000	3'000'000

⁵ Der Betrag der Mittel ist der Maximalbetrag gemäss «Anhang 2026 der Finanzierungsvereinbarung», dieser wird sich für die effektive Umsetzung um einiges reduzieren.

3.17 INM3.077: Entwicklung elektronischer Führerausweis (mDL-Suisse) und elektronische Ausweis-Plattform (eAP)

Strategischer Schwerpunkt: E-ID und Vertrauensinfrastruktur schweizweit einführen

Kontakt: Sven Britschgi; sven.britschgi@asa.ch

Leistungsverantwortliche Organisation: asa

Beschreibung:

Im Rahmen der Entwicklung der Vertrauensinfrastruktur für die Schweizer e-ID (Bundeswallet) wird der digitale Lernfahrausweis (eLFA) pilotiert und ab 2025 schweizweit ausgerollt. Damit sammelt das e-ID-Programm Erfahrungen mit der Ausstellung digitaler Nachweise an die breite Bevölkerung. Nach der Einführung der e-ID im Jahr 2026 sollen die Kantone den digitalen Führerausweis (mDL-Suisse) für die Bundeswallet anbieten können.

Der mDL-Suisse basiert auf derselben Technologie wie der eLFA. Aus Zeit- und Kostengründen wird vorerst auf die internationale Norm ISO 18013-5 verzichtet, da die entsprechende EU-Richtlinie noch nicht final vorliegt. Der mDL-Suisse wird zunächst nur in der Schweiz und in Liechtenstein gültig sein; eine spätere Anpassung für internationale Anerkennung ist vorgesehen. Der Führerausweis im Kartenformat bleibt weiterhin verfügbar. Rund 6 Mio. Personen besitzen heute einen Schweizer Führerausweis und könnten künftig den mDL-Suisse nutzen – ein Beitrag zur Verbreitung der e-ID. Für die Bestellung des mDL-Suisse wird eine elektronische Ausweisplattform (eAP) aufgebaut. Sie ermöglicht den Nutzenden rund um die Uhr eine vollständig digitale Beantragung ohne Einbezug der Strassenverkehrsämter.

Massnahmen/Lieferobjekte:

- M1: Umsetzung eines elektronischen Führerausweis als VC
- M2: Umsetzung einer elektronischen Ausweis-Plattform (eAP)

Endtermin: 31.12.2026

Budget/Planung (in CHF):

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag				300'000	700'000		1'000'000

3.18 INM3.081: Weiterentwicklung des TG4U als PoC für die Integration in bestehende kantonale und kommunale Systeme (DVS4U⁶)

Strategischer Schwerpunkt: E-ID und Vertrauensinfrastruktur schweizweit einführen

Kontakt: offen;

Leistungsverantwortliche Organisation: Kanton Thurgau

Beschreibung:

Mit der Einführung der e-ID 2026 wird in der Schweiz eine breite Nutzung von SSI-Wallets erwartet. Diese ermöglichen es der Bevölkerung, neben der e-ID auch weitere digitale Nachweise wie Wohnsitzbestätigungen zu speichern. Für die effiziente Ausstellung und Prüfung dieser Nachweise braucht es eine dedizierte Issuer- und Verifier-Infrastruktur (Aussteller und Prüfer). Auf Basis bisherigen Erkenntnisse wird mit «DVS4U» ein an die Bedürfnisse der Schweizer Behörden angepasstes Minimum Viable Product (MVP) entwickelt. DVS4U ermöglicht Kantonen und Gemeinden das Erstellen, Verwalten und Prüfen von digitalen Nachweisen (VC) und ergänzt das bestehende e-ID-Ökosystem in idealer Weise. DVS4U umfasst eine Ausstellungslösung (Cockpit), erlaubt die manuelle Ausstellung und Verifikation von VC, ist mandantenfähig, verfügt über eine integrierte Benutzerverwaltung und lässt sich in Fachapplikationen integrieren (API, Web-Components, SDK). Die Lösung nutzt die I14Y-Interoperabilitätsplattform, um die relevanten Standards für elektronische Behördennachweise korrekt anzuwenden.

Nach Abschluss der Entwicklungsarbeiten wird die Lösung als Open Source veröffentlicht und steht allen interessierten Akteuren zur Verfügung.

Massnahmen/Lieferobjekte:

- M1: Konzeption Digitales Produkt DVS mit Rebranding und generischem Verifier und eCH-0258 Kompatibilität (abgeschlossen)
- M2: Lösung zur Erstellung von Schema Templates für Kantone und Gemeinden (abgeschlossen)
- M3: Issuer und Verifier sowie Templateportal als Microservice für Portale am Beispiel von Tourismuskarte und Mitarbeiterausweis für alle Kantone (abgeschlossen)
- M4: Konzeption und Systemintegration in Nächste Sandbox Basis-Infrastruktur des Bundesamts für Informatik BIT (abgeschlossen)
- M5: Betreibungsregistrauszug, konzeptionell und technisch bereit (abgeschlossen)
- M6: Wohnsitzbestätigung für Gemeinden/Kantone (abgeschlossen)
- M7: Erstellung weiterer Use-Cases/Standardisierung

Endtermin: 31.05.2026

⁶ Beim Begriff «DVS4U» handelt es sich um einen Arbeitstitel in Anlehnung an TG4U



Budget/Planung (in CHF):

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag			150'000	220'000	170'000		540'000

3.19 INM3.905: E-ID Vertrauensinfrastruktur (Unterstützung Einführung und Prototypen)

Strategischer Schwerpunkt: E-ID und Vertrauensinfrastruktur schweizweit einführen**Kontakt:** Marcel Kessler; marcel.kessler@digitale-verwaltung-schweiz.ch**Leistungsverantwortliche Organisation:** Geschäftsstelle DVS**Beschreibung:**

Für den Aufbau der staatlichen E-ID wird neben dem E-ID-Gesetz die technische Vertrauensinfrastruktur entwickelt. Die Massnahme unterstützt gezielt Aktivitäten und Pilotprojekte, die der Einführung und Verbreitung der E-ID und ihrer Infrastruktur (Wallet, Verifier usw.) dienen. So können Gemeinden und Unternehmen künftig elektronische Nachweise sicher und effizient ausstellen und prüfen. Dies ermöglicht den Einwohnerinnen und Einwohnern der Schweiz sowie Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer, ihre e-ID als sicheres digitales Identifikationsmittel für vielfältige Behördengänge und private Anwendungen einzusetzen. 2026 werden verstärkte Mittel für die Einführung eingesetzt. Die Massnahme trägt zur Strategie der DVS bei, eine schweizweite, vertrauenswürdige E-ID und nutzbare Vertrauensinfrastruktur für Bevölkerung, Wirtschaft und Verwaltung bereitzustellen.

Massnahmen/Lieferobjekte:

- M0: Massnahmen als Unterstützung für die Einführung der e-ID und Vertrauensinfrastruktur

Endtermin: 31.12.2026**Budget/Planung (in CHF)⁷:**

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag				280'000	830'000		1'110'000

⁷ INM3.081 DVS4U ist Teil dieser Umsetzung

3.20 INM4.016: Umsetzung Nationaler Adressdienst (NAD) plus Pilotierungen

Strategischer Schwerpunkt: Wertschöpfende Datennutzung fördern**Kontakt:** Frank Schubert; frank.schubert@bfs.admin.ch**Leistungsverantwortliche Organisation:** Bundesamt für Statistik (BFS)**Beschreibung:**

Ein Nationaler Adressdienst (NAD) ermöglicht der öffentlichen Verwaltung, auf aktuelle und ehemalige Wohnadressen der Einwohnerinnen und Einwohner der Schweiz zuzugreifen. Derzeit gibt es noch kein nationales System, welches diese Daten ohne Redundanzen und fehlerfrei zur Verfügung stellt. Der NAD wird Verwaltungsabläufe vereinfachen und effizienter gestalten. Die angestrebte Lösung berücksichtigt alle Anforderungen des Datenschutzes und der Informationssicherheit.

Massnahmen/Lieferobjekte:

- M0: Projektleitung sicherstellen
- M1: Rechtsgrundlagen erarbeiten
- M2: Konzeption und Organisation sicherstellen
- M3: Systementwicklung vornehmen.
- M4: Einführung und Kommunikation umsetzen

Endtermin: 15.12.2027**Budget/Planung (in CHF):**

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag	530'000	1'714'000	350'000	300'000	3'000'000	3'000'000	8'894'000

3.21 INM4.024: Aufbau und Weiterentwicklung des Schweizer Datenökosystems und der dazugehöriger Datenaustauschinfrastrukturen

Strategischer Schwerpunkt: Wertschöpfende Datennutzung fördern

Kontakt: Jürg Wüst; juerg.wuest@bk.admin.ch

Leistungsverantwortliche Organisation: Bundeskanzlei (BK DTI)

Beschreibung:

Es werden Grundlagen geschaffen für ein nationales Datenökosystem, damit alle Staatsebenen, wie auch Dritte, ihre Daten gemeinsam nutzen und austauschen können. Darin eingeschlossen sind Zusammenarbeitskonzepte (Blueprints) für interoperable Datenräume.

Auf Basis dieser Grundlagen sind institutionelle und konzeptionelle Rahmenbedingungen erarbeitet z. B. für die Datenräume in den Bereichen Mobilität, Landwirtschaft, Gesundheit oder Bildung. Dabei sind die rechtlichen und finanziellen Implikationen evaluiert. Pilotprojekte zeigen prototypisch auf, welche Anforderungen an die Governance, Zusammenarbeit, Architektur und Infrastrukturen zu erfüllen sind.

Massnahmen/Lieferobjekte:

- M1: Architektur Blueprint V1 (abgeschlossen)
- M2: Architektur Blueprint V2
- M3: Trägerschaft identifiziert (abgeschlossen)
- M4: Prototypen identifiziert (abgeschlossen)
- M5: Prototypen umgesetzt

Endtermin: 10.12.2027

Budget/Planung (in CHF):

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag	480'000	1'400'000	1'360'000	1'200'000	1'100'000	1'100'000	6'640'000

3.22 INM4.031: Optimierung OGD und beschleunigte Mehrfachnutzung

Strategischer Schwerpunkt: Wertschöpfende Datennutzung fördern**Kontakt:** Maik Roth; maik.roth@bfs.admin.ch**Leistungsverantwortliche Organisation:** Bundesamt für Statistik (BFS)**Beschreibung:**

Dieses Projekt dient dazu, die Umsetzung der «Open Government Data»-Strategie 2019-2023 und insbesondere des Grundsatzes «open-by-default» zu beschleunigen, und so die Transparenz, Partizipation und Innovation in allen Bereichen der Gesellschaft zu fördern. Dies, indem einerseits die Unterstützungsleistungen für die Partner (v. a. Kantone und Verwaltungseinheiten des Bundes) ausgebaut und andererseits eine zukunftsfähige und nutzerfreundliche Lösung für das heutige Portal open-data.swiss aufgebaut sowie Redundanzen mit anderen Plattformen (v. a. Interoperabilitätsplattform I14Y) vermieden werden.

Massnahmen/Lieferobjekte:

- M1: Business Analyse und Anforderungskatalog erstellen (abgeschlossen)
- M2: Weiterentwicklung und Optimierung OGD Portal abschliessen (abgeschlossen)
- M3: Integration oder Anbindung der Plattformen
- M4: IT-Projektleiter/in Migration/ Anwendungsverantwortliche(r) anstellen
- M5: Datenspezialist/in anstellen: Entwicklung allgemeine Beratungsdienstleistungen der Geschäftsstelle OGD für die Kantone und Gemeinden. (abgeschlossen)
- M6: Wissenschaftliche/r Mitarbeiter/in anstellen: Ausbau Beratungs- und gemeinsamer Diffusionsdienstleistungen in der öffentlichen Statistik (Output Data Services) (abgeschlossen)

Endtermin: 15.12.2027**Budget/Planung (in CHF):**

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag	114'200	284'700	450'000	550'000	250'000	200'000	1'848'900

3.23 INM4.044: Koordination Datenmanagement in den Kantonen

Strategischer Schwerpunkt: Wertschöpfende Datennutzung fördern

Kontakt: Benjamin Rothen; benjamin.rothen@bfs.admin.ch

Leistungsverantwortliche Organisation: Bundesamt für Statistik (BFS)

Beschreibung:

Zwischen Bund und Kantonen soll eine mehrjährige Planung («Roadmap») erstellt werden, welche aufzeigen wird, wie die Themen Datenmanagement und Interoperabilität (inkl. OGD) und Datenwissenschaften in den Kantonen umgesetzt werden können. Damit wird auch Transparenz über den Stand der Entwicklung in den Kantonen hergestellt. Gemeinsame Projekte sollen angegangen und der Wissensaustausch sichergestellt werden. Verschiedene bisher existierende und neu geschaffene Gremien werden die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Themenbereichen sicherstellen.

Die zentralen Massnahmen des vorliegenden Projekts sind:

- a) Erarbeitung der Roadmap zur Umsetzung der Themen Datenmanagement/Interoperabilität (inkl. OGD) und Datenwissenschaften in den Kantonen;
- b) Aufbau eines zentralen Community Managements für die regionale Ebene beim BFS;
- c) Aufbau einer zentralen Informationsplattform (Extranet), welche den Wissensaustausch und das Capacity Building gewährleistet. Dazu braucht es einen Anwendungs-Manager, der die Plattform aktiv betreut.

Durch die Erweiterung auf die Thematik Datenmanagement muss der Kreis der involvierten Akteure vergrössert werden und betrifft nicht mehr nur Personen, die sich primär mit Statistik befassen. Die Zusammenarbeit soll weiter gestärkt werden.

Massnahmen/Lieferobjekte:

- M1: Roadmap aufbauen (abgeschlossen)
- M2: Community Manager/in anstellen
- M3: Informationsplattform Pilotbetrieb aufbauen (abgeschlossen)
- M4: Informationsplattform aufbauen
- M5: Anwendungs-Manager/in anstellen
- M6: Community Days Fachgremien Datenmanagement durchführen

Endtermin: 31.12.2027

Budget/Planung (in CHF):

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag	41'000	392'600	541'000	446'000	456'000	466'000	2'342'600

3.24 INM4.064: IT-Lösung für die landwirtschaftliche Gesetzgebung Bund und Kantone (Standardisierte Schnittstellen)

Strategischer Schwerpunkt: Wertschöpfende Datennutzung fördern

Kontakt: Mario Bürgler; mario.buergler@sz.ch

Leistungsverantwortliche Organisation: Kanton SZ, Amt für Landwirtschaft

Beschreibung:

Das gemeinsame Projekt der zwölf Kantone (Aargau, Appenzell Ausserrhoden, Appenzell Innerrhoden, Glarus, Graubünden, Nidwalden, Obwalden, Schwyz, St.Gallen, Tessin, Uri und Zürich; nachfolgend «Kantone») umfasst die Dienstleistungen einer IT-Lösung, welche Bereiche des eidgenössischen Landwirtschaftsrechts (Direktzahlungen) und weitere eidgenössische und kantonale Rechtsgebiete (Naturschutz, Veterinärwesen, Umwelt- und Gewässerschutz) vollzieht.

Die Kantone betreiben heute gemeinsam in Form einer einfachen Gesellschaft ohne Rechtspersönlichkeit eine Geschäftsstelle, welche beim Kanton Zürich angesiedelt ist. Die Entwicklungs- und Migrationsprojekte für die neue IT-Lösung soll über eOperations Schweiz AG laufen, während der restliche Anteil der Geschäftsführung bis zum Ende der Übergangsphase, voraussichtlich per 31. Dezember 2025, bei der derzeitigen Geschäftsstelle im Kanton Zürich belassen wird. Damit sollen die Prozesse in den Kantonen vereinheitlicht, Synergien genutzt, Kosten reduziert und die Rechtspersönlichkeit von eOperations Schweiz AG genutzt werden.

Massnahmen/Lieferobjekte:

- M1: Anforderungsanalyse (abgeschlossen)
- M2: Spezifikationen (abgeschlossen)
- M3: Entwicklung der Schnittstellen (abgeschlossen)

Endtermin: 31.07.2025

Budget/Planung (in CHF):

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag		300'000	400'000	600'000			1'300'000

3.25 INM4.067: Anforderungen an nationalen Datenkatalog (I14Y) aus Sicht Kantone und Gemeinden

Strategischer Schwerpunkt: Wertschöpfende Datennutzung fördern

Kontakt: Lukas Mohler; lukas.mohler@bs.ch

Leistungsverantwortliche Organisation: Kanton BS

Beschreibung:

Das primäre Ziel liegt in der zeitnahen Erhebung möglichst umfassender Anforderungen aus den Staatsebenen Kantone und Gemeinden an die I14Y sowie deren Umsetzung im Rahmen des hier genannten Umfangs. Damit werden die Arbeiten von weiteren Gemeinwesen mit ähnlicher Ausgangslage und Zielsetzung erleichtert. Darüber hinaus werden Empfehlungen abgeleitet für den Betrieb der Plattform im Hinblick auf eine schweizweite Betrachtung von Continuous Development und Continuous Integration.

Das Projekt startet mit dem Kanton Basel-Stadt. Dieser deckt kantonale und städtische Strukturen ab, verfügt über eine zentrale Statistikstelle, die für OGD zuständig ist, sowie eine Geoinformationsstelle mit langjähriger Erfahrung im Datenmanagement, die für die koordinierte Erfassung und Bereitstellung von Gebäudeinformationen zuständig ist (laufendes Projekt). Dies gewährleistet, dass die Projektergebnisse für weitere Kantone zu Erleichterungen führen bezüglich der Anbindung an den nationalen Datenkatalog. Auf diese Weise wird ein erheblicher Multiplikationseffekt durch das Projekt erzielt.

Massnahmen/Lieferobjekte:

- M1: Projektleitung und Anforderungsanalysen/Priorisierung über mehrere Kantone/Städte hinweg (abgeschlossen)
- M2: Identifikation und Berichte Best Practice (abgeschlossen)
- M3: Erweiterungen I14Y (abgeschlossen)

Endtermin: 15.12.2025

Budget/Planung (in CHF):

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag		107'365	500'000	275'000			882'365

3.26 INM4.069: Webportal für die Mehrfachnutzung statistischer Daten der bedarfsabhängigen Sozialleistungen zur datenbasierten Entscheidungsfindung

Strategischer Schwerpunkt: Wertschöpfende Datennutzung fördern

Kontakt: Laura Hahn; laura.hahn@bfs.admin.ch

Leistungsverantwortliche Organisation: Bundesamt für Statistik

Beschreibung:

Das Umsetzungsziel besteht im Aufbau eines webbasierten Reporting-Portals. Das Webportal ermöglicht den Gemeinden, Kantonen und Bundestellen sowie weiteren Stakeholdern einen gesteuerten Zugang zu Kennzahlen der Sozialhilfestatistik für die politische und strategische Steuerung. Zudem ermöglicht es den Datenlieferanten ein Qualitätsmonitoring und den Zugang zu harmonisierten Daten. Das Webportal gewährleistet die Mehrfachnutzung statistischer Daten der bedarfsabhängigen Sozialleistungen zur datenbasierten Entscheidungsfindung.

Die Auftraggeber sind die Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren (SODK) sowie das Bundesamt für Statistik (BFS). Das Projekt wird in einer Co-Leitung durch die SODK und das BFS geleitet.

Massnahmen/Lieferobjekte:

- M1: Entwicklung von Policies und Pilotierung (abgeschlossen)
- M2: Zugriffsmanagement und Prozesse (abgeschlossen)
- M3: Ausarbeitung Architektur, Infrastruktur- und Datenmodellierung (abgeschlossen)
- M4: Parametrierung der technologischen Lösung (abgeschlossen)
- M5: Aufbau der statistischen Berichte (abgeschlossen)

Endtermin: 15.12.2025

Budget/Planung (in CHF):

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag		161'000	190'000	220'000			571'000

3.27 INM4.076: Ausbildungsangebot im Bereich Datenmanagement

Strategischer Schwerpunkt: Wertschöpfende Datennutzung fördern**Kontakt:** Maik Roth; maik.roth@bfs.admin.ch**Leistungsverantwortliche Organisation:** Bundesamt für Statistik**Beschreibung:**

Das vorliegende Projekt ermöglicht die Organisation, Durchführung und Evaluation je einer dreitägigen Weiterbildung auf Deutsch und auf Französisch zum Thema Datenmanagement und Datenkompetenz. Dabei lernen die Teilnehmenden die notwendigen Grundlagen, Aktivitäten und Prozesse kennen, um eigene Vorhaben im Bereich der (Meta-)Daten kompetent zu planen und umzusetzen (u.a. Publikation von Open Government Data). Die rechtlichen Rahmenbedingungen werden aufgezeigt und über die laufenden Vorhaben und relevanten Strategien im Datenbereich des öffentlichen Sektors informiert. Zusätzlich werden mehrere konkrete Praxisbeispiele aus verschiedenen föderalen Stufen der öffentlichen Verwaltung vorgestellt. Eigene Use Cases werden in Kleingruppen diskutiert und Lösungen erarbeitet. Zielgruppe sind primär spezialisierte Mitarbeitende (Local Data Stewards, Datenspezialisten, Datenverantwortliche, usw.) der Kantons- und Gemeindeebene, als auch der Bundesebene.

Massnahmen/Lieferobjekte:

- M1: Ausbildungskosten (bzw. Teilnahmegebühr)
- M2: Lehrmaterial (externe Kosten)
- M3: Koordination / Kommunikation (0,2 FTEs beim BFS)

Endtermin: 31.12.2027**Budget/Planung (in CHF):**

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag				120'000	120'000	120'000	360'000

3.28 INM4.086: MVP Consent Management agridata.ch

Strategischer Schwerpunkt: Wertschöpfende Datennutzung fördern**Kontakt:** Noémie Zink; noemie.zink@blw.admin.ch**Leistungsverantwortliche Organisation:** Bundesamt für Landwirtschaft (BLW)**Beschreibung:**

Es wird ein konkret umgesetztes MVP der Datenaustauschplattform realisiert, welches die Datensouveränität garantiert und die Umsetzung eines wegweisenden Consent Management aufzeigt. Die Abstimmung mit dem Projekt NikA (Neues interkantonales Agrarsystem), oder Initiativen wie «Schweizer Datenökosystem» - Aufbau und Weiterentwicklung des Schweizer Datenökosystems und der dazugehörigen Datenaustauschinfrastrukturen wird sichergestellt. Konzepte, Prinzipien, Umsetzung sowie Erfahrungen mit dem aufgebauten Consent Management werden so aufbereitet, dass sie in Form von Best Practices in der verwaltungsweiten Daten Community geteilt und besprochen werden können.

Massnahmen/Lieferobjekte:

- M1: MVP realisieren (abgeschlossen)
- M2: Blueprint mit universellen Konzepten für das Umsetzen von Consent Management in einem vertrauenswürdigen Datenraum verfassen (abgeschlossen)
- M3: Dokumentieren relevanter Fakten bei der Backend- und Frontendumsetzung (abgeschlossen)
- M4: Erfahrungsbericht mit Best und/oder Worst Practices mit Empfehlungen für weitere Datenräume/Anwendungsfälle verfassen (abgeschlossen)

Endtermin: 31.12.2027**Budget/Planung (in CHF):**

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag				400'000			400'000

3.29 INM5.089: Open-Code-Austauschplattform für die öffentliche Verwaltung der Schweiz (Gemeinden, Kantone, Bund)

Strategischer Schwerpunkt: Cloud-enabled-Government ermöglichen

Kontakt: jan.wunder@sg.ch

Leistungsverantwortliche Organisation: Fachstelle für Statistik Kanton St.Gallen

Beschreibung:

Übergeordnetes Ziel ist es, die Grundlagen für ein funktionierendes, föderales und sicheres Codeaustausch-Ökosystem zu entwickeln, das es den Teilnehmenden ermöglicht, ihren Code effizient und verantwortungsvoll zu teilen und damit einen Mehrwert für die Schweiz zu generieren. Mit dem Prototyp «Open-Code-Austauschplattform» werden die Grundlagen für eine sichere Code-Plattform geschaffen, die allen Akteuren Zugang zu offenem Code ermöglicht. Spezielle automatisierte Code-Checks (R-CMD-Checks) werden durchgeführt, um sämtliche Code-Bausteine (Packages) auf gängigen Plattformen zu testen und eine Sicherheitsprüfung durchzuführen. Auf der Austauschplattform wird kein Code gespeichert, sondern nur Metadaten, die auf den eigentlichen Code verweisen, der dann z. B. auf diversen GitHub-Repositorien der Statistikstellen liegt. Die Lösung ist so gebaut, dass zu einem späteren Zeitpunkt ein Runtime-Environment mit einer kompletten IDE als SaaS geteilt werden kann, unter Nutzung einer Cloudlösung.

Im Rahmen des Projektes werden entsprechende Tests mit einer «Scalable Software Factory» des Bundesamts für Informatik und Telekommunikation (BIT BS-SSF) erfolgen. Ein auf der offenen Plattform Openshift Kubernetes basiertes Ausrollen einer skalierbaren BIT BS-SSF-Entwicklungsumgebung zum sicheren Ausführen von Code für die gesamte Verwaltung (inkl. Kantonen und Gemeinden) würde in vielerlei Hinsicht einen grossen Effizienzgewinn darstellen und die digitale Souveränität massiv erhöhen.

Massnahmen/Lieferobjekte:

- Grundlagen zur Realisierung des Prototyps
- Realisierung des Prototyps
- Pilotbetrieb Prototyp

Endtermin: 31.12.2027

Budget/Planung (in CHF):

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag					412'000	288'000	700'000

3.30 INM5.901: Anschubfinanzierung von Cloud- und Open Source-Projekten

Strategischer Schwerpunkt: Cloud-enabled-Government ermöglichen

Kontakt: galina.timofeeva@digitale-verwaltung-schweiz.ch

Leistungsverantwortliche Organisation: Geschäftsstelle DVS

Beschreibung:

In der öffentlichen Verwaltung fehlen heute skalierbare, cloudbasierte Lösungen und gemeinsam nutzbare Infrastrukturen. Ziel ist es, diese durch gezielt unterstützte Projekte in den Bereichen «Cloud-Leitfäden», «GovTech Stack» und «Swiss Governance Cloud (SGC)» weiterzuentwickeln. Geplant sind u. a. ein DVS-Cloud-Leitfaden sowie eine Projektstudie zu Open-Source-basierten GovTech-Lösungen als SaaS. Dabei wird auch evaluiert, wie Kantone und Gemeinden die SGC nutzen können. Auf einer «GovTech-Plattform» sollen den Verwaltungen zukünftig OSS- und/oder Kollaborationstools zur Verfügung gestellt werden können. Eine Studie über die Bereitstellung von OpenSource in der öffentlichen Verwaltung als Cloud-Angebot (SaaS) soll Aufschluss über mögliche Lösungsansätze aufzeigen. Die Massnahme unterstützt das strategische Ziel der DVS, ein Cloud-enabled-Government zu ermöglichen und so die digitale Leistungsfähigkeit und Zusammenarbeit der föderalen Ebenen zu stärken.

Massnahmen/Lieferobjekte:

- Cloud Leitfaden zur Sicherstellung einer einheitlichen und sicheren Cloud-Nutzung, die den gesetzlichen Anforderungen entspricht und Best Practices folgt
- Zusammenarbeit & SGC (Swiss Government Cloud) zur Stärkung der gemeinschaftlichen Entwicklung und Implementierung von Cloud-Lösungen sowie Unterstützung durch gemeinsame Ressourcen und Best Practices
- GovTech zur Förderung der Unabhängigkeit von proprietären Lösungen und zur Unterstützung innovativer und kosteneffizienter Ansätze.

Endtermin: 31.12.2027

Budget/Planung (in CHF)⁸:

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag					1'588'000	2'712'000	4'300'000

⁸ INM5.089: Open-Code-Austauschplattform» für die öffentliche Verwaltung der Schweiz (Gemeinden, Kantone, Bund) ist Teil dieser Umsetzung

4 Leistungsschwerpunkte DVS

Die Leistungsschwerpunkte ergeben sich aus der Rahmenvereinbarung (Ziffer 4.2) und sind Teil des Leistungsauftrages der DVS. Sie bilden neben den Projekten den Umsetzungsplan DVS und tragen auch zur Erfüllung der in der Strategie «Digitale Verwaltung Schweiz 2024-2027» festgelegten Handlungsfelder und strategischen Schwerpunkte, insbesondere des Schwerpunkts «Zusammenarbeit stärken und als vernetztes Gesamtsystem agieren», bei. Sie fördern die interdisziplinäre fachliche Vernetzung und die Zusammenarbeit über die Staatsebenen hinweg. Die jeweiligen Leistungen werden gemeinschaftlich zum Nutzen aller Beteiligten erbracht und sind darauf ausgerichtet, in einem bestimmten Aufgabenbereich (z. B. Beschaffung) Mehrwert für Bevölkerung, Wirtschaft und öffentliche Verwaltungen zu schaffen.

4.1 LSP1: Förderung der Standardisierung und Harmonisierung von technischen und fachlichen Prozessen

Die DVS fördert zusammen mit der Partnerorganisation eCH die Standardisierung, namentlich in der Interoperabilität und gemeinsamen Nutzung von technischen Lösungen durch mehrere Verwaltungsstellen. Die Aktivitäten von eCH haben das Ziel, die elektronische Zusammenarbeit zwischen Behörden sowie zwischen Behörden und Dritten zu erleichtern. Dazu werden neue Standardisierungsthemen identifiziert und priorisiert sowie Standards erarbeitet, verabschiedet und gepflegt. Die Standardisierung bildet eine notwendige Basis für diverse Projekte, ist ein Handlungsfeld der DVS und tangiert direkt oder indirekt fast alle weiteren Handlungsfelder der Strategie «Digitale Verwaltung Schweiz 2024–2027». Im Rahmen des Umsetzungsplans wird eine möglichst breite Standardisierung gefördert. Dies soll den Aufwand bei den umsetzenden Behörden senken.

Grundlagen: RV Zif.4.2 Abs. 1c; Strategie DVS Zif. 4.3

Kontakt: Florian Steffen, Geschäftsstelle DVS

Partnerorganisation: Verein eCH (Dominic Müller)

4.2 LSP2: Förderung innovativer Lösungen

Die DVS stellt als Teil des Umsetzungsplans jährlich Mittel zur Verfügung, um innovative Lösungen zu fördern. Innovationen sind Projekte, die beispielsweise neue Technologien anwenden oder regionale Kooperationen fördern. Diese sollen eine Signalwirkung entfalten und später von weiteren Projekten, bzw. Verwaltungen übernommen oder angewendet werden.

Grundlagen: RV Zif.4.2 Abs. 1b; Strategie DVS Zif. 5.6; Zif. 4.6 (Zif.4.5)

Kontakt: Isabelle Grünig, Geschäftsstelle DVS

4.3 LSP3: Stärkung von Vernetzung, Zusammenarbeit und Wissensaustausch und Förderung eines Kulturwandels

Kenntnisse zur Digitalisierung bzw. zum Wandel der Verwaltung in Bezug auf die Digitalisierung sind wichtig, damit E-Government-Projekte, die häufig Veränderungen gewohnter Arbeitsabläufe nach sich ziehen, verwaltungsintern und von allen Beteiligten mitgetragen werden. Auch das Verständnis für neue Technologien hilft, damit neue digitale Arbeitsweisen adaptiert werden. Ziel ist es, konkrete Projekte zu unterstützen, die individuelle Kompetenzen im Umgang mit digitalen Technologien bei öffentlichen Verwaltungen der Schweiz fördern, wie beispielsweise Schulungs- und Kursangebote oder andere Formate, die das Wissen zu Digitalisierung und E-Government zielgruppengerecht den Verwaltungsmitarbeitenden vermitteln.

Grundlagen: RV Zif.4.2 Abs. 1f und 1h; Strategie DVS Zif.4.5

Kontakt: Marcel Kessler, Geschäftsstelle DVS

4.4 LSP4: Förderung eines Kulturwandels (Sicherheit, Vertrauen und Transparenz)

Das Vertrauen der Bevölkerung in die Verwaltung ist in der Schweiz sehr hoch. Um auch das Vertrauen in die digitale Verwaltung zu festigen, soll auf verschiedenen Kanälen transparent und zielgruppengerecht über Digitalisierungsprojekte der Verwaltung informiert werden. Hierfür informiert die DVS offen und zielgruppengerecht über laufende Digitalisierungsprojekte und stellt Hintergrundwissen zur Verfügung.

Ein transparenter Dialog mit den Nutzerinnen und Nutzern über die Chancen und Gefahren der digitalen Verwaltung sensibilisiert für sicherheitsrelevante Massnahmen und stärkt das Vertrauen.

Grundlagen: RV Zif.4.2 Abs. 1f und 1h; Strategie DVS Zif.4.5 (Zif. 3 Prinzipien der DV)

Kontakt: Vanessa Eugster, Geschäftsstelle DVS

4.5 LSP5: Beratung und Koordination in rechtlichen Fragen anbieten

Eine zentrale Koordinationsstelle für rechtliche Fragen im E-Government-Umfeld unterstützt die Verbreitung der wichtigsten rechtlichen Rahmenbedingungen für die Umsetzung von E-Government in der Schweiz und erleichtert den spezifischen Wissenstransfer unter den Gemeinwesen. Ein einfacher und rascher Zugang zu juristischem Wissen fördert die Qualität und die Nachhaltigkeit der Umsetzung von E-Government in der Schweiz. Im «Wissensblog Recht» beantwortet die Geschäftsstelle DVS Fragen zu E-Government-Recht.

Grundlagen: RV Zif.4.2 Abs. 1d; Strategie DVS Zif.4.2

Kontakt: Florina German, Geschäftsstelle DVS

Mandat: Verein eJustice.CH (Urs Paul Holenstein)

Zum Wissensblog Recht

4.6 LSP6: Verwaltungsübergreifende Gesamtarchitektur fördern und festigen

Bund, Kantone, Städte und Gemeinden verständigen sich über eine verwaltungsübergreifende Gesamtarchitektur. Für eine zukunftsgerichtete Zusammenarbeit erarbeiten und festigen sie die notwendigen Strukturen und Verbindlichkeiten. Die DVS bietet eine Plattform für die interdisziplinäre fachliche Vernetzung der Gemeinwesen. Ziel ist die Umsetzung von digitalen Behördenleistungen als vernetztes Gesamtsystem.

Ein Architekturkernteam bearbeitet Architekturthemen inhaltlich und erarbeitet gemeinsame Architekturgrundlagen entlang von Vorhaben des Umsetzungsplans DVS. Ein Architekturboard DVS mit Vertreterinnen und Vertretern aus Verwaltung, Forschung, Wirtschaft und der Öffentlichkeit sorgt für eine offene Architektur und Standards, insbesondere für Applikations-Schnittstellen, sodass bestehende digitale Behördenleistungen aller Gemeinwesen in eine gemeinsame Basisinfrastruktur integrierbar sind.

Grundlagen: RV Zif.4.1 Abs. 1; Strategie DVS Zif.5.6

Kontakt: Florian Steffen, Geschäftsstelle DVS

Mandat: Bundeskanzlei (BK-DTI) (Jürg Wüst)

4.7 LSP7: Einsatz und Unterstützung von Arbeitsgruppen

In Arbeitsgruppen vernetzen sich Fachleute der öffentlichen Verwaltung zwecks Informations- und Wissensaustausch zu spezifischen Themen der Digitalisierung. Arbeitsgruppen bearbeiten spezifische Themen im Rahmen des Leistungsauftrags der DVS. Sie werden nach Bedarf vom operativen Führungsgremium oder vom Beauftragten von Bund und Kantonen zur inhaltlichen Unterstützung des politischen und des operativen Führungsgremiums eingesetzt.

Folgende Arbeitsgruppen sind aktiv (Stand Juni 2025):

- Arbeitsgruppe Telekommunikation
- Arbeitsgruppe Voice
- Arbeitsgruppe Informations- und Cybersicherheit
- Arbeitsgruppe Identitätsmanagement und E-ID
- Nationales Koordinationsgremium Datenmanagement
- Koordinationsgremium Datenwissenschaft & KI
- Arbeitsgruppe Cloud Governance und Workplace
- Arbeitsgruppe iSVC
- Arbeitsgruppe Architektur
- Arbeitsgruppe Cloud-Infrastrukturen
- Arbeitsgruppe Beschaffungen

Grundlagen: RV Zif.6.1 Abs. 1; Strategie DVS Zif.5.6

Kontakt: Andreas Burren, Geschäftsstelle DVS

Leistungsverantwortliche Organisation: Geschäftsstelle DVS

Beschriebe Arbeitsgruppen

4.8 LSP8: Konditionserklärungen und AGB

Die DVS unterstützt die beteiligten Gemeinwesen durch Beratung, Koordination und Empfehlungen sowie durch Interessensvertretung gegenüber IKT-Anbietern, insbesondere hinsichtlich gemeinsamer Rahmenverträge und Konditionserklärungen für die beteiligten Gemeinwesen. Dank Vereinbarungen mit ICT-Lieferanten und ICT-Dienstleistern verfügen die öffentlichen Verwaltungen in ICT-Bereichen über bessere Einkaufskonditionen und minimieren den Beschaffungsaufwand.

Mit den AGB für IKT-Leistungen stellt die DVS einen breit akzeptierten Standard im Beschaffungswesen bereit. Die AGB machen die Angebote von IKT-Anbietern vergleichbar und bieten den Verwaltungen einen grossen Mehrwert.

Grundlagen: RV Zif.4.2 Abs. 1e; Strategie DVS Zif.5.6

Kontakt: Greg Hernan, Geschäftsstelle DVS

Mehr erfahren zu AGB und Vertragsvorlagen

5 Budget- und Planungsübersicht des Umsetzungsplans DVS (in CHF 1000)

INM	Massnahmen	2022	2023	2024	2025	2026	2027
1.026	Neuausrichtung E-Voting	290	450	573	2'037	1'015	1'350
1.059	Betrieb ch.ch	0	0	0	720	570	700
1.060	Nutzerfreundlichkeit der elektronischen Behördenleistungen verbessern (Weiterentwicklung ch.ch)	1'000	1'000	890	280	430	300
1.068	Neuentwicklung der Publikationsplattform «Amtsblattportal»	0	100	350	700	350	0
1.902	Anschubfinanzierung «sichere Zustellplattform(en)»	0	0	0	240	1'440	1'500
1.071	Schweizweite Betreibungsregisterauskunft	0	0	300	900	1'100	1'300
1.082	Erstellung und Einlieferung kommunaler Services in ein beliebiges kantonales Portal (GemeindeConnect)	0	0	93	526	210	210
1.083	Digitalen Kundenschalter im Thurgau: Zertifizierung als anerkannte Zustellplattform	0	0	40	260	60	0
1.087	Vorprojekt zum Aufbau einer E-Collecting-Infrastruktur	0	0	0	300	300	0
1.906	Grundlagen für die kooperative Entwicklung von Serviceangeboten	0	0	0	0	500	1'000
	Total Digitale Behördenleistungen schweizweit ausbauen	1'290	1'550	2'246	5'963	5'975	6'360
3.061	Umsetzung eines Authentifizierungsdienst der Schweizer Behörden (AGOV)	0	3'100	4'450	5'600	3'000	0
2.084	Digitale Vereinfachungen für Unternehmen durch erneuerte eBilanz (direkte und indirekte Steuern)	0	0	100	100	50	0
2.085	Studie Rahmenbedingungen/Voraussetzungen vorausgefüllte Steuererklärung für nat. Personen	0	0	75	75	0	0
2.074	Weiterentwicklung von EasyGov	0	0	0	2'500	4'600	4'600
1.070	Erneuerung und Weiterentwicklung «iGovPortal.ch»	0	250	850	1'650	450	0
2.907	Schweizweite standardisierte Servicebausteine Payment und Signatur für Portale	0	0	0	0	1'500	1'500
	Total One-Stop-Government realisieren	0	3'350	5'475	9'925	9'600	6'100



INM	Massnahmen	2022	2023	2024	2025	2026	2027
3.077	Entwicklung elektronischer Führerausweis (mDL-Suisse) und elektronische Ausweis-Plattform (eAP)	0	0	0	300	700	0
3.081	Weiterentwicklung des TG4U als PoC für die Integration in kantonale und kommunale Systeme (DVS4U)	0	0	150	220	170	0
3.905	E-ID Vertrauensinfrastruktur (Unterstützung Einführung und Prototypen)	0	0	0	280	830	0
	Total E-ID und Vertrauensinfrastruktur schweizweit einführen	0	0	150	800	1'700	0
4.016	Umsetzung Nationaler Adressdienst (NAD) plus Pilotierungen	530	1'714	350	300	3'000	3'000
4.024	Aufbau/Weiterentwicklung des Schweizer Datenökosystems/ dazugehöriger Datenaustauschinfrastrukturen	480	1'400	1'360	1'200	1'100	1'100
4.031	Optimierung OGD und beschleunigte Mehrfachnutzung	114	285	450	750	250	0
4.044	Koordination Datenmanagement in den Kantonen	41	393	541	446	456	466
4.064	IT-Lösung für die landwirtschaftliche Gesetzgebung Bund und Kantone (Standardisierte Schnittstellen)	0	300	400	600	0	0
4.067	Anforderungen an nationalen Datenkatalog (I14Y) aus Sicht Kantone und Gemeinden	0	107	287	486	0	0
4.069	Webportal Mehrfachnutzung stat. Daten der bedarfsabhängigen Sozialleistungen zur Entscheidungsfindung	0	161	230	220	0	0
4.076	Ausbildungsangebot im Bereich Datenmanagement	0	0	0	120	120	120
4.086	MVP Consent Management agridata.ch	0	0	0	400	0	0
	Total Wertschöpfende Datennutzung fördern	1'165	4'360	3'618	4'522	4'926	4'686
5.901	Anschubfinanzierung von Cloud- und Open Source-Projekten	0	0	0	0	1'588	2'712
5.089	Open-Code-Austauschplattform für die öffentliche Verwaltung der Schweiz (Gemeinden, Kantone, Bund)	0	0	0	0	412	288
	Total Cloud-enabled-Government ermöglichen	0	0	0	0	2'000	3'000
	Total Projektbeiträge	2'455	9'260	11'489	21'210	24'201	20'146

LSP	Leistungsschwerpunkte*	2024	2025	2026	2027
1	Förderung der Standardisierung und Harmonisierung von technischen und fachlichen Prozessen	250	250	250	250
2	Innovative Projekte fördern	200	200	200	200
3	Kenntnisse des Nutzenpotenzials von digitalen Prozessen bei der öffentlichen Verwaltung fördern	200	200	200	200
4	Vertrauen der Bevölkerung und Wirtschaft in elektronische Behördenleistungen stärken	150	150	150	150
5	Beratung und Koordination in rechtlichen Fragen anbieten	60	60	60	60
6	Verwaltungsübergreifende Gesamtarchitektur fördern und festigen	100	100	100	100
7	Einsatz und Unterstützung von Arbeitsgruppen	300	300	300	300



8	Konditionserklärungen und AGB	50	50	50	50
	Total Leistungsschwerpunkte	1'310	1'310	1'310	1'310

Anmerkung:

* durch die Grundfinanzierung der DVS gedeckt